

Erstmals wird ein Konzern gerichtlich für Emissionen verantwortlich gemacht

Shell zu Klimaschutz verdonnert



Eine Aktivistin von Extinction Rebellion protestiert in London gegen Shell. (www.imago-images.de)

VON JAN STERNBERG (RND)

Berlin. Der Ölkonzern Royal Dutch Shell muss seine CO₂-Emissionen bis 2030 um fast die Hälfte senken. Das entschied ein Bezirksgericht im niederländischen Den Haag. Dort sitzt die Hauptverwaltung des britisch-niederländischen Konzerns.

Mehrere Umweltschutzorganisationen, darunter Friends of the Earth/Milieudefensie und Greenpeace, sowie 17 000 Bürger hatten den Ölkonzern verklagt. Mit ihrem Sieg haben sie erreicht, dass zum ersten Mal ein Energieunternehmen zu einer drastischen Reduktion seiner CO₂-Emissionen gezwungen wird. Vor dem Gerichtsgebäude brachen Kläger und Unterstützer in lauten Jubel aus. Das Urteil hat vermutlich erhebliche Auswirkungen auf die ganze Branche.

Die Richterin stellte in der Urteilsbegründung heraus, dass der Konzern für ein Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich ist und damit auch für die Verschlechterung der Lebensbedingungen heutiger und künftiger Generationen. Der Anwalt der Klägerseite, Roger Cox, hatte bereits 2015 den niederländischen Staat gerichtlich zur Einhaltung seiner selbst proklamierten Klimaziele gezwungen. Damals vertrat er die Umweltorganisation Urgenda. Nach dem Shell-Urteil sagte

Cox: „Dies ist ein Wendepunkt in der Geschichte. Dieser Fall ist einzigartig, da es das erste Mal ist, dass ein Richter einem großen umweltverschmutzenden Unternehmen befohlen hat, das Pariser Klimaabkommen einzuhalten. Diese Entscheidung kann auch erhebliche Konsequenzen für andere große Umweltverschmutzer haben. Sara Shaw von Friends of the Earth International sagte: „Dies ist ein Meilenstein für Klimagerechtigkeit. Wir hoffen, dass dieses Urteil eine Welle von Klimastreitigkeiten gegen große Umweltverschmutzer auslösen wird.“

Das Urteil sei auch ein Gewinn für Gemeinden im globalen Süden, die besonders den verheerenden Folgen des Klimawandels ausgesetzt seien. Auch auf der Jahreshauptversammlung am 18. Mai bekam Shell Druck von Klimaschützern. „Grüne“ Aktionäre brachten erneut – wie schon bei anderen Ölkonzernen – eine Resolution ein, die eine verbindliche Orientierung am Pariser Abkommen verlangt. Um das zu kontern, legte der Vorstand eine konzerneigene Klimastrategie vor: Shell soll bis 2050 zu einem klimaneutralen Konzern werden. Der Haken: 55 Prozent der CO₂-Einsparungen sollen erst nach 2035 erfolgen. Das sei „noch nicht konkret genug und voller Vorbehalte“, sagte die Richterin in Den Haag. Nach dem Urteil ist der britisch-niederländische Konzern zum Klimaschutz verpflichtet, das gelte für die eigenen Unternehmen ebenso wie für Zulieferer und Endabnehmer.

Shell hatte die Forderungen zurückgewiesen und angeführt, dass man sich zum Klimaschutz verpflichtet habe. Doch das Gericht erklärte, dass die beschlossenen Maßnahmen des Unternehmens „wenig konkret und voller Vorbehalte“ seien. Shell hatte als Argument angeführt, dass es bei einer Verurteilung den Verkauf fossiler Brennstoffe rasch verringern müsse. Dann aber würden andere Anbieter dies übernehmen. Das Argument ließ das Gericht nicht gelten.

17 000 Menschen klagten

Im Jahr 2019 hatten insgesamt sieben Umweltorganisationen, darunter auch Greenpeace und die niederländische Organisation Milieudefensie, die Klage gegen den Ölkonzern Shell eingereicht, die von mehr als 17 000 Bürgerinnen und Bürgern unterstützt wurde. **Gemeinsam forderten sie von Shell**, das Pariser Klimaabkommen umzusetzen. Man warf Shell vor, pro Jahr etwa neunmal mehr CO₂ auszustoßen als der Staat Niederlande selbst. Shell hatte sich zum Ziel gesetzt, bis 2035 Emissionen um mindestens 30 Prozent zu reduzieren.

